

10.06.02

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in Madagaskar

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 306580 - vom 7. Juni 2002. Das Europäische Parlament hat die Entschließung in
der Sitzung am 16. Mai 2002 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in Madagaskar

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das am 23. Juni 2000 in Cotonou, Benin, unterzeichnete AKP-EU-Partnerschaftsabkommen,
 - unter Hinweis auf die im Juli 2001 während des OAU-Gipfels in Lusaka, Sambia, unterzeichnete Neue Afrikanische Initiative,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Februar 2002 zu den Wahlen auf Madagaskar¹,
 - unter Hinweis auf die Entschließung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU vom 22. März 2002,
 - in Kenntnis der jüngsten Erklärungen des EU-Vorsitzes zu Madagaskar vom 27. Februar (6567/1/02), 17. April (8052/1/02), 22. April (8223/02), und 8. Mai 2002 (8769/02),
 - in Kenntnis der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (SC/7281) zu den Wahlen auf Madagaskar vom 28. Januar 2002,
 - in Kenntnis der Erklärung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu Madagaskar vom 19. April 2002 (SG/SM/8202),
 - unter Hinweis auf die von den beiden madagassischen Präsidentschaftskandidaten am 18. April 2002 in Dakar (Senegal) unterzeichnete Vereinbarung,
- A. in der Erwägung, dass die Ziele und Grundsätze des Partnerschaftsabkommens von Cotonou zwischen den fünfzehn EU-Mitgliedstaaten und den 77 Nationen aus Afrika, dem karibischen und dem pazifischen Raum (AKP) unter anderem einen „Beitrag zu Frieden und Sicherheit und zur Förderung eines stabilen und demokratischen politischen Umfelds“ (Artikel 1) umfassen,
- B. in Kenntnis der Tatsache, dass der EU-Vorsitz davon überzeugt ist, dass die Vereinbarung von Dakar weiterhin der angemessene Rahmen ist, in dem eine Lösung für die sich verschärfende Krise auf Madagaskar gefunden werden muss,
- C. in Kenntnis der wachsenden Spannungen auf Madagaskar, wo die Hauptstadt Antananarivo nicht zugänglich ist, nachdem sechs Brücken zerstört wurden, wo vier der sechs Provinzgouverneure den scheidenden Präsidenten Didier Ratsikara unterstützen, wo 60 Menschen durch politische Gewalttaten umkamen und nach Berichten viele weitere Todesopfer wegen des Mangels an Medikamenten zu beklagen sind und wo die Wirtschaft am Boden liegt, weil u.a. mehr als 30 Textilfabriken geschlossen und 65.000 Arbeiter entlassen worden sind,
- D. zutiefst beunruhigt über die Verschlimmerung der Lage in Madagaskar trotz der am

¹ P5_TA(2002)0068.

18. April in Dakar zwischen Herrn Ratsiraka und Herrn Ravalomanana unter der Schirmherrschaft der OAU und der Vereinten Nationen geschlossenen Vereinbarung,
- E. in der Überzeugung, dass diese Vereinbarung den Zielen entspricht, die dort formuliert wurden: Bemühen um inneren Frieden, Achtung der demokratischen Grundsätze, politische Lösung der Krise,
 - F. in der Überzeugung, dass die beiden Hauptakteure die Vereinbarung von Dakar nicht eingehalten haben,
 - G. in Kenntnis der Tatsache, dass vier der sechs Provinzen Madagaskars Herrn Ratsiraka unterstützen und gedroht haben, ihre Unabhängigkeit zu erklären,
 - H. in Anbetracht der ernsthaften Risiken, dass das Land aufgeteilt werden soll, die eine Gefahr für die nationale Einheit darstellen,
 - I. in Kenntnis der wirtschaftlichen und humanitären Katastrophe, die von der derzeitige'n Lage verursacht wird,
 - J. in der Erwägung, dass der Zusammentritt zweier konkurrierender nationaler Versammlungen mit im wesentlichen der gleichen Anzahl von Abgeordneten noch zur Zweiteilung des Landes beiträgt,
 - K. unter Hinweis darauf, dass die Vereinbarung von Dakar eine kontradiktorische Stimmenauszählung vorsieht,
 - L. unter Hinweis darauf, dass die Kommission und der Rat nach dem AKP-EU-Partnerschaftsabkommen von Cotonou gemäß Artikel 8 Schritte einleiten können, um „einen umfassenden ausgewogenen und intensiven politischen Dialog, der zu beiderseitigen Verpflichtungen führt,“ zu führen, und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu verlassen, sich auf die sich verschlimmernden Probleme auf Madagaskar zu konzentrieren,
 - M. in der Überzeugung, dass allein eine politische Einigung zwischen den Streitparteien einen Ausweg aus der Krise ermöglicht,
- 1. begrüßt die Bemühungen der Afrikanischen Union und unterstützt die Bemühungen von Sengals Präsident Abdoulaye Wade, die Zweiteilung Madagaskars zu verhindern, und ruft sowohl Didier Ratsiraka als auch Marc Ravalomanana auf, die Interessen der 16 Millionen Einwohner Madagaskars in den Vordergrund zu stellen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren;
 - 2. verurteilt alle Akte politischer Gewalt und der Sabotage auf Madagaskar und fordert die sofortige Aufhebung aller Straßenblockaden, damit die Soforthilfe die Bedürftigen erreichen kann;
 - 3. ermahnt die beiden Parteien, die Vereinbarung von Dakar vom 18. April 2002 unter Achtung des geltenden Verfassungsrechts Madagaskars vollständig umzusetzen, und ist weiterhin davon überzeugt, dass nur eine Einigung der Parteien und eine nationale Aussöhnung die Möglichkeit bieten wird, die derzeitige Krise zu lösen und die Integrität und die Einheit des Landes zu wahren;
 - 4. ruft die Europäische Union auf, politische und technische Unterstützung für die Umsetzung

der Vereinbarung zu leisten und bei der Durchführung von Wahlen behilflich zu sein;

5. ruft die Europäische Union und die Vereinten Nationen auf, mit der Afrikanischen Union zusammenzuarbeiten, um eine rasche Lösung der Krise, die Madagaskar durchlebt, zu finden, und fordert die Kommission auf, Vorbereitungen für sofort verfügbare humanitäre Hilfsmittel und Unterstützungsleistungen für den Wiederaufbau zu treffen, da sich die prekäre Lage der Bevölkerung in der Hauptstadt Antananarivo verschlimmert sich;
6. gibt warnend zu bedenken, dass die steigende Anzahl von Todesopfern, das Klima der Unruhe und die zunehmenden politischen Spannungen einem „stabilen und demokratischen politischen Umfeld“ nicht zuträglich sind; appelliert an die Gefolgsleute beider Kandidaten, der Gewalt abzuschwören, und stellt fest, dass die Lage auf Madagaskar bereits wirtschaftliche Auswirkungen auf andere Länder des südlichen Afrikas, wie beispielsweise Mauritius, hat;
7. fordert die Wiederherstellung von Bedingungen, die eine sofortige Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten zulassen, und bekräftigt seine Bereitschaft, weiterhin seine Hilfs- und Kooperationsprogramme auf der Insel umzusetzen;
8. fordert die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Vereinbarung von Dakar eingehalten wird, und den Prozess des politischen Dialogs gemäß Artikel 8 des Partnerschaftsabkommens von Cotonou einzuleiten, um die Teilung Madagaskars zu verhindern;
9. fordert den spanischen EU-Vorsitz nachdrücklich auf, eine offizielle Troika zu entsenden, um Gespräche mit allen Seiten und mit Madagaskars Nachbarn im südlichen Afrika zu führen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Misere auf Madagaskar im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen deutlich zu machen;
10. fordert von allen Staaten, weder die Teilung des Landes noch eine Regierung, die die Vereinbarung von Dakar nicht einhält, anzuerkennen;
11. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Parlament Madagaskars, dem Europäischen Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der beitrittswilligen Länder, den Generalsekretariaten der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und der OECD, den Ko-Präsidenten der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, den Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen, des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen, der Europäischen Investitionsbank, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sowie dem Generaldirektor des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des Welternährungsprogramms (WFP) zu übermitteln.